



schlagl_ch

Die Entzauberung der Welt

Es mischt sich so vieles bei Impfgegnern, Verschwörungsphantasten und Querdenkern, dass ihnen mit einer einzelnen Theorie nicht beizukommen ist

Im Jahr 1917 beschrieb Max Weber in seiner Schrift „Wissenschaft als Beruf“ die Entzauberung der Welt durch intellektuelle Rationalität und Wissenschaft: Die Wissenschaft führe nicht so sehr zu einem „allgemeinen Wissen“, sondern vielmehr zum „Wissen davon oder dem Glauben daran: dass man, wenn man nur wollte, es jederzeit erfahren könnte, dass es also prinzipiell keine geheimnisvollen unberechenbaren Mächte gebe, die da hineinspielen, dass man vielmehr alle Dinge – im Prinzip – durch Berechnen beherrschen könne.“ Man weiß es vielleicht nicht (zum Beispiel, was es mit Quantenphysik auf sich hat oder warum das Tauschverhältnis isolierter Warenproduzenten eine über ihnen stehende, fremde gesellschaftliche Macht erzeugt, die man „Entfremdung“ nennen muss, oder warum der Toast immer auf die gebutterte Seite fällt), aber es steckt eine Gewissheit des Wissens darin: Wie einstmals die Götter soll nun das Berechnen-Können die letzte Instanz der Herrschaft sein, die die unendlich suggestive und widersprüchliche Welt zusammenhält.

Wie, wenn die Welt von allen guten Geistern verlassen sei, die bösen aber geblieben wären?

Dieser Glaube an das Wissen war untrennbar mit dem Aufstieg des Industriekapitalismus verbunden. In der entzauberten Welt zu leben fiel dessen Nutznießern leicht. Denn nur als entzauberte konnte die Welt in Besitz, Rohstoff, Arbeitsplatz und Vergnügungspark verwandelt werden. Aber diese Entzauberung war kein vollständiges, kein glückliches und schon gar kein demokratisches Projekt. Es blieb an den Profit, den Glauben an Fortschritt, an Wachstum und Wohlstand gebunden. Bei jeder Krise rumorte es und verlangte nach der Rückkehr der alten Geister und der alten Bilder.

Und am Ende kehrt sich sogar noch einmal alles um: Während die Entzauberung der Welt als Bestandteil ihrer Zerstörung erkannt wird, sind es gerade die Wissenschaftler*innen, die die Grenzen der Berechenbarkeit aufzeigen. Nicht nur der neue Populismus hält der Aufklärung entgegen: Die Welt ist noch unberechenbarer und noch ungewisser geworden. Damit sind gleich zwei Voraussetzungen für die anti-rationale Reaktion gegeben: Der Hass auf eine Wissenschaft, die nicht zur erhofften neuen Autorität von Schutz und Gewissheit geworden ist, und die Sehnsucht nach einem „alten Wissen“, das nicht aus Distanz und Abstraktion, sondern aus Verschmelzung mit der Welt gewonnen worden sein soll.

Gewiss kann man an der Erzählung von der Entzauberung der Welt durch Wissenschaft und Intellektualität durchaus zweifeln. Niemand ist so fasziniert vom Geheimnisvollen in der Natur wie Wissenschaftler*innen, die ziemlich genau wissen, dass sie jedes Rätsel nur lösen, indem sie dahinter noch viel größere Rätsel auf tun; und die Intellektuellen, die man wegen ihrer spöttischen

Kritik gegenüber allem Mystifizieren fürchtet, kommen ohnehin meist im Doppelpack mit Poeten, Malerinnen, Musikern und anderen semantischen Zauberkünstler*innen.

Von Max Webers Feststellung führt ein (vielleicht nicht ganz) direkter Weg zur „Dialektik der Aufklärung“, in der Adorno und Horkheimer den Glauben an das Wissen können durchaus als „Wahn“ verstanden. Die Welt ins Reich der Tatsachen einzusperren war nie eine besonders gute Idee. Wer oder was aber wäre das Subjekt einer solchen Entzauberung? Und wem oder was dient die entsprechende Erzählung?

Dass die Welt nicht durch Wissenschaft und intellektuelle Kritik, sondern durch Kapital und Arbeit (und ihren verhängnisvollen Zusammenhang) entzaubert wird, könnte man glatt als „Wahn“ abtun. Als linksradikalromantisches jedenfalls, denn, nicht wahr, dem Staatssozialismus war die Entzauberung der Welt doch noch viel mehr Anliegen als dem bürgerlichen Liberalismus. Und da ging das Projekt der zur Staatsraison gewordenen Aufklärung noch gründlicher schief.

Jedenfalls erwies es sich, dass die Entzauberung der Welt weder mit Erkenntnis noch mit Vernunft zu verwechseln war. Als Ideologie gebiert die Idee der Berechenbarkeit seit jeher kolossale Ungeheuer, und eine bessere Brutstätte für Irrationalität als repressive Entzauberung kann man sich nicht vorstellen.

Mit der Entzauberung der Welt verhält es sich ähnlich wie mit der Entfremdung der menschlichen Produktivität: Die Mittel, die zu ihrer subjektiven Überwindung entwickelt werden, erweisen sich als objektive Verstärkungen. Man flüchtet, nur zum Beispiel, in den Traum von der Nicht-Entfremdung (der eine schaut billiges Fernsehen, die andere hängt sich teure Kunst ins Loft), und entfaltet dabei neue Kräfte der Entfremdung; man will zurück zur Natur und landet in Disneyland, und um die Seele vor der freudianischen Kränkung zu schützen, sucht man nach Geistern der „Ganzheitlichkeit“ und, wahrhaftig, Heil bei esoterischen Kulte. Die Suche nach einer „Wieder-Verzauberung“ der Welt offenbart sich da als böse Reaktion. Nicht nur post-christliche Utopisten im Geist von Ernst Bloch argwöhnen es: Wie, wenn die Welt von allen guten Geistern verlassen sei, die bösen aber geblieben wären? Wie, wenn anders herum die ökonomisch-technische Vernunft im Wettlauf mit den Ungeheuern stünde, die sie selbst erzeugt und nie ganz domestiziert hat?

Es mischt sich so vieles in den „Szenen“ und „Bewegungen“ der Impfgegner, der Verschwörungsphantasten und Querdenker, dass ihnen mit einer Theorie gewiss nicht beizukommen ist. Eines der verbindenden Elemente indes scheint die tiefe und aggressive Ablehnung der beiden Kräfte, die man – fälschlich, wie gesagt – für die Entzauberung der Welt verantwortlich gemacht hat: Die Wissenschaft und die kritische Intelligenz. Wo man es verabsäumt hat, an der Stelle des vergangenen Zaubers einen Zauber der Zukunft zu finden, kehren die Geister der Entzauberung als gruselige Karikaturen zurück. Dass sie sich so anstandslos mit anderen Geistern der Anti-Moderne verbünden, wundert da nicht.



Georg Seeflen ist freier Autor und hat über 20 Bücher zum Thema Film veröffentlicht. Zuletzt erschien von ihm „Corona-Kontrolle. Oder nach der Krise ist vor der Katastrophe“ bei bahoe books.

Jasmin Kalarickal über Klara Geywitz' Wohnungsbaupläne

Bauen allein hilft nicht

Ein ambitioniertes Ziel hat sich die Ampel beim Bauen gesetzt: 400.000 neue Wohnungen sollen pro Jahr entstehen. Zum Vergleich: 2020 wurden rund 306.000 Wohnungen fertiggestellt. Serielles Bauen soll es nun richten. Im Grunde genommen ist das ein etwas schickerer Name für Plattenbau. Neu ist die Idee jedenfalls nicht. Teile werden industriell vorgefertigt und dann vor Ort montiert.

Es gibt auch viele Vorteile dieser Bauweise. Der Bauprozess ist schneller und oftmals kostengünstiger, es gibt weniger Baulärm vor Ort. Nur schwingt eben auch gleich die Tristesse der Großsiedlungen mit, die es so ziemlich in jeder Stadt gibt. Serielles Bauen muss aber nicht zwangsläufig so monoton aussehen. Und vielleicht ist die Vorstellung, im sanierten Altbau zu wohnen, eher im gutbürgerlichen Milieu zuhause, von der man sich auch gern verabschieden darf. Es spricht nichts dagegen, funktionell, kostensparend – und hoffentlich auch klimafreundlich und ökologisch – zu bauen. Die Ästhetik sollte dabei aber nicht unter die Räder kommen, auch wenn das bei verzweifelten

Wohnungssuchenden wohl eher unten auf der Liste der *Must-haves* stehen dürfte. Doch wie für wen gebaut wird, war schon immer eine sehr politische Frage. Die Hufeisensiedlung in Berlin aus der Zeit der Weimarer Republik war ein Beispiel für sozialen Wohnungsbau, der zum Ziel hatte, auch Arbeiter*innen ein Wohnen mit Licht und Grün zu ermöglichen. Gutes und bezahlbares Wohnen für alle sollte auch heute das Ziel sein. Zur sozialen Frage gehört deshalb, nicht nur irgendwo günstigen Wohnraum zu schaffen, sondern auch bestehenden Segregationstendenzen entgegenzuwirken.

Womit wir beim wichtigsten Punkt wären: Bauen allein wird den Wohnungsmarkt nicht entspannen. Es bedarf auch einer vernünftigen Regulierung der Mieten. In den Metropolen wird der Neubau nur einen Bruchteil des Gesamtbestandes ausmachen. Da die Bauflächen in den Innenstädten begrenzt sind, wird vor allem an den Stadträndern gebaut werden. Aber arme Menschen an den Rand zu drängen macht keine lebenswerte Stadt aus. **inland 6**

Tobias Schulze über die Ampelkoalition und Julian Assange

Freiheit für den Whistleblower

Seit 1.000 Tagen sitzt Julian Assange in einem britischen Gefängnis. Rechnet man die Zeit hinzu, in der er sich in der Botschaft Ecuadors der Polizei entzog, ist der Wikileaks-Gründer seit fast 10 Jahren gefangen. Galt er zuerst vielen als Spinner und wegen Vergewaltigungsvorwürfen zurecht verfolgt, ist mittlerweile offensichtlich: Er sitzt nur noch ein, weil er amerikanische Kriegsverbrechen aufgedeckt hat. Lieber gestern als morgen gehörte er freigelassen. Sogar ehemalige Mitglieder der Bundesregierung, wie Ex-Außenminister Sigmar Gabriel, setzen sich seit geraumer Zeit für Assange ein. Amtierende Kabinettsmitglieder halten es jedoch zuverlässiger anders – bislang auch die der Ampel.

Die Grünen und ihre Vorsitzende Annelena Baerbock hatten von den Bänken der Opposition aus noch klar vernehmlich gefordert, dass die britische Regierung Assange sofort freilässt. Seit Baerbock Chefin im Auswärtigen Amt ist, nimmt sie sich in der Sache zumindest öffentlich wahrnehmbar zurück. Als im Dezember ein Gericht das Auslieferungsverbot für Assange vorläufig

kippte, sagte sie nur knapp, sie kenne das Urteil noch nicht und könne hierzu früherer Aussagen daher nichts hinzufügen. Mittlerweile hatte sie Zeit, das Urteil zu studieren. Trotzdem heißt es von der neuen Bundesregierung wie von der alten nur stoisch: Die Zuständigkeit liege bei der britischen Justiz.

Stimmt und stimmt nicht: Die britischen Gerichte entscheiden, ob die britische Regierung Assange ausliefern darf – nicht ob sie es muss. Politisch könnte die Bundesregierung sehr wohl London dazu auffordern, den Häftling zu entlassen oder an Washington appellieren, die Anklage fallen zu lassen.

Am Mittwoch, pünktlich zum Assange-Jubiläum, fliegt Baerbock zu ihrem Antrittsbesuch in die USA. Sie muss das Thema dort ansprechen. Allein schon der eigenen Glaubwürdigkeit zuliebe: Zum Amtsantritt hat sie eine deutlich hörbare und wertebasierte Außenpolitik angekündigt. Das darf nicht nur gegenüber China und Russland gelten, wo kein Rechtsstaat existiert. Es muss auch gegenüber Freunden gelten, wenn der Rechtsstaat bei denen mal nicht funktioniert.

Andreas Zumach über die P5 und atomare Abrüstung

Leere Versprechungen

Die Absichtserklärung der fünf offiziellen Atomwaffenstaaten und ständigen Vetomächte des UN-Sicherheitsrates ist deutlich: „Wir wollen mit allen Staaten zusammenarbeiten, um das endgültige Ziel einer Welt ohne Atomwaffen zu erreichen und bekennen uns zu unserer Verpflichtung aus dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT), Verhandlungen über ein Ende des atomaren Rüstungswettlaufs und ein Abkommen zur vollständigen Abrüstung zu führen.“

Die USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien (P5) signalisieren Bereitschaft, sich von ihren Atomwaffen zu trennen. Das ist ebenso irreführend und unwahr, wie das Bekenntnis zur „Stärkung von Stabilität und Vorhersehbarkeit“. In Wirklichkeit verweigern die P5 bislang jegliche multilaterale Verhandlung zu atomarer Abrüstung.

Stattdessen treiben sie mit großem Aufwand und gigantischen Geldsummen die von allen Seiten stets als „Modernisierung“ verharmloste Aufrüstung ihrer atomaren Arsenale voran. Dabei werden immer mehr Waffen-

systeme entwickelt, die zielgenauer, schneller und flexibler einsetzbar sind als ihre Vorgänger und damit gefährlicher und unberechenbarer.

Das gilt für die geplanten Nachfolgesysteme der US-Atombomben in der Eifel, für deren Einsatz auch die Ampelkoalition neue Kampfflugzeuge anschaffen will, ebenso wie für die von Russland entwickelte Hyperschallrakete, „Zirkion“, die mit einer Geschwindigkeit von 10.000 Stundenkilometern dem anvisierten Gegner jede Vorwarnzeit und Abwehrchance nimmt.

Derartige Waffen senken die Schwelle zum Einsatz und bewirken damit genau das Gegenteil der vermeintlich angestrebten Stabilität. Noch führen die USA und Russland den atomaren Aufrüstungswettlauf an. Doch China zieht inzwischen gewaltig nach. Die Erklärung der P5 dürfte kaum ausreichen, den wachsenden Unmut der 186 Vertragsstaaten des NPT, die auf atomare Waffen verzichtet haben, zu beruhigen. Ein erneutes Scheitern der New Yorker Überprüfungskonferenz käme wenig überraschend. **das thema 3**